



Volksschulen

Übergangsregelung für die Funktionsentschädigungen und Entlastungslektionen der Schulleitungen der städtischen Volksschulen**1 Ausgangslage**

Aufgrund des Zwischenberichts zur Schulbehördenorganisation 1995 beauftragte der Grosse Gemeinderat am 23. November 1999 den Stadtrat, die Anzahl der Schulleitungsentlastungsstunden unabhängig vom weiteren Vorgehen zur Schulbehördenorganisation umgehend zu prüfen. Dieser Auftrag gründete auf der Feststellung, dass die bestehende Regelung der Funktionsentschädigungen und Entlastungsstunden in erster Linie den ausgewiesenen Nachholbedarf bei den Primarschulen und Kindergärten ausgleicht, nur aber in Teilen die Ausweitung des Aufgabenkreises der heutigen Schulbehördenorganisation. Ein weiteres Hinausschieben der Entlastungsfrage wurde als nicht weiter verantwortbar erachtet. Mit der Vorlage vom 8. August 2000 an den Grossen Gemeinderat hat der Stadtrat auf der Basis der Vorlage vom 25. September 1994 eine Beurteilung der Situation vorgenommen. Er stützte sich dabei auf die Erhebung der Schulleitungen über den Arbeitsumfang in den bis anhin berücksichtigten Bereichen (vgl. 3.2). In der Erhebung nicht berücksichtigt waren die neu vom Schulrat an die Schulleitungen delegierten Aufgaben in den Bereichen Personalführung und Qualitätsentwicklung, welche sich zur Zeit kantonal in der Projekt-, städtisch in der Umsetzungsphase befinden. Ebenfalls unberücksichtigt blieben die Aufwendungen für Bauprojekte sowie die Übernahme von Aufgaben der Primarschulleitungen für die Kindergärten. In der Folge beantragte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat als Übergangslösung bis zum Vorliegen einer aktualisierten Schulbehördenorganisation für die Primarschulleitungen 15 und für die Schulleitungen Oberstufe zwölf zusätzliche Entlastungsstunden. Gleichzeitig wurde die Absicht bekundet, dass mit der revidierten Schulbehördenorganisation auch eine Gesamtüberprüfung von Struktur und Umfang der Schulleitungsfunktionen vorgenommen und dazu ein Führungspensum definiert werde.

Am 29. August 2000 wies indes der Grosse Gemeinderat die Vorlage mit dem Auftrag zurück, "gemäss Ziffer 6 der Vorlage das Teilprojekt 'Führung der Schulen' vorzuziehen und dem Grossen Gemeinderat eine neue Vorlage zur Regelung der Funktionsentschädigung und Entlastungsstunden der Schulleitungen vorzulegen". Mit dem Hinweis auf Ziffer 6 der Vorlage ging der Grosse Gemeinderat davon aus, dass die neuerliche Überprüfung der Funktionsentschädigungen und Schulleitungsentlastungen sich an der revidierten Schulbehördenorganisation orientiert. Bisherige und den Schulleitungen aus der revidierten Schulbehördenorganisa-



tion neu zugeteilte Aufgaben sollen in der neuen Vorlage erfasst werden.

2 Weiterentwicklung der Schulbehördenorganisation

Die Weiterentwicklung der Schulbehördenorganisation in Form verschiedener Modelle stiess nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen rasch an Grenzen, wenn es darum ging, Lösungswege zur Überwindung des dualen Führungssystems im städtischen Schulwesen mit Stadtrat und Verwaltung einerseits und mit Schulrat andererseits zu finden. Da die bekannten Mängel der heutigen Schulbehördenorganisation zur Hauptsache in diesem vom Gesetz vorgegebenen dualen Führungssystem für eine Einheitsgemeinde liegen, gelangte der Stadtrat am 19. September 2000 mit dem Gesuch an das Erziehungsdepartement, den gesetzlichen Rahmen für eine problemlose Umsetzung geeigneter Modelle einer Schulbehördenorganisation in der Einheitsgemeinde zu schaffen. Das Erziehungsdepartement hat sich darauf hin bereit erklärt, die Bestimmungen im Gemeindegesetz über die Schulbehördenorganisation in der Einheitsgemeinde zu Händen von Regierung und Grosse Rat auf ihre aktuelle Zweckmässigkeit zu überprüfen, sieht aber den Vollzugsbeginn möglicher neuer Vorschriften zur Einheitsgemeinde frühestens auf den 1. Januar 2005. Dies hat zur Folge, dass ein auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen ausgerichtetes Modell der Schulbehördenorganisation, welches das duale Führungssystem überwindet, erst dann zumal in Kraft gesetzt werden kann.

Diese Verzögerung hat aber auch Auswirkung auf die zeitliche Abwicklung des gemeinderätlichen Auftrages zur Neuordnung der Funktionsentschädigungen und Entlastungsstunden für Schulleitungen der städtischen Volksschule. Auf Grund der Abhängigkeit der künftigen Führungsstruktur der Schulen vom Modell der neuen Schulbehördenorganisation kann auch diese Vorlage dem Grossen Gemeinderat frühestens im Jahre 2005 unterbreitet werden. Da heute unbestritten Handlungsbedarf besteht, soll nicht weiter zugewartet werden. Dies gilt um so mehr, als vermehrt vom Schulrat im Rahmen der heutigen gesetzlichen Vorgaben Aufgaben der Personalführung an die Schulleitungen delegiert werden. Weiter werden neue Aufgaben der Schulentwicklung den Schulleitungen zusätzliche Arbeitsbelastungen bringen. Für die Entlastungen und Funktionsentschädigungen der Schulleitungen ist deshalb eine Übergangsregelung zu treffen.

3 Übergangsregelung

Die Übergangsregelung, die bis zum Vorliegen einer revidierten Schulbehördenorganisation Gültigkeit haben soll, hält an den bisherigen Strukturen des Führungspensums (Pool, Stundenentlastung, Sekretariatsaufwand, Funktionsentschädigung) fest. Sie berücksichtigt im Quervergleich Regelungen in anderen Gemeinden mit vergleichbaren Schulleitungsfunktionen und setzt sich aus zwei Teilen zusammen:



Teil 1:

Entlastungsstunden und Funktionszulagen nach geltender Regelung 1994
plus
Entlastung durch GEFOS-Verantwortliche

plus

Teil 2:

Entlastungsstunden zusätzlich

3.1 Geltende Regelung, Entlastung durch GEFOS-Verantwortliche

Teil 1 beinhaltet Entlastungsstunden und Funktionszulagen, wie sie die geltende Regelung von 1994 vorsieht (vgl. Tabelle 3.2.1).

Ebenfalls der Entlastung angerechnet ist die Unterstützung der Schulleitungen durch die GEFOS-Verantwortlichen mit der Erwartung, dass die GEFOS-Verantwortlichen die Schulleitungen von gewissen präventiven Aufgaben entlasten. Bisherige Erfahrungen mit den GEFOS-Verantwortlichen mahnen zu einer gewissen Skepsis gegenüber dem Entlastungswert, da die GEFOS-Verantwortlichen verstärkt Präventionsaufgaben in den Schulhäusern zu übernehmen haben, welche einen erhöhten Koordinationsbedarf hervorrufen. Der mit dem Einsatz der GEFOS-Verantwortlichen erwartete Entlastungseffekt wird deshalb mindestens in Teilen wieder kompensiert. Dazu kommt, dass mit den GEFOS-Verantwortlichen weniger die Entlastung der Schulleitung als die bessere Qualität der Aufgabenerfüllung (Vernetzung, Vereinbarungen, straffere Führung der "Fälle") im Vordergrund steht. Trotz der Schwierigkeit, den genauen Umfang der Entlastung durch die GEFOS-Verantwortlichen abzuschätzen, soll für die Berechnung von einem Entlastungswert von 1,5 Lektionen ausgegangen werden.

Teil 1 berücksichtigt die Aufgabendelegation seit Einführung der Schulbehördenorganisation unter der Regelung von 1994 "Arbeitsaufwand zu 80 % durch Entlastung abgedeckt, zu 20 % durch Funktionsentschädigung abgegolten" und war in dieser Ausgestaltung Grundlage für die Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom August 2000.

3.2 Zusätzliche pauschale Entlastung

Teil 2 beinhaltet zusätzliche pauschale Entlastungsstunden, abgestuft nach Grösse der Schulhäuser und nach den Grundsätzen:

- pro Schulquartier mindestens zwei Lektionen Entlastung
- Leitung der Kindergärten eine Lektion
- Differenzierung nach Grösse der Schule
- Regelung "80 % / 20 %" wird nicht angewendet.



Die zusätzliche Entlastung stützt sich ab auf die Erhebung der Schulleitungen über die Schulleitungsaufgaben und die zeitliche Belastung vom März 2000 und die Tatsache, dass die Schulleitungen der Primarschulen und der Oberstufen in den bisherigen Aufgabenbereichen

- Personelles Lehrkräfte,
- Personelles Schülerinnen / Schüler,
- Personelles Allgemein,
- Schulbetrieb,
- Administration / Finanzen,
- Schulentwicklung,
- Kontakt nach Aussen,
- Baulicher Unterhalt

im Durchschnitt Führungsleistungen in einem zeitlichen Ausmass erbringen, welche über den geltenden Entlastungsregelungen liegen.

Auf dieser Grundlage wurde zwischen der Schulverwaltung, dem Schulrat, den Schulleitungen und dem Städtischen Lehrerinnen- und Lehrerverein die den einzelnen Schulen zustehende zusätzliche Anzahl an Entlastungsstunden ausgehandelt und in einer Vereinbarung über die Leistungserbringung und die Entschädigung festgelegt. Den Schulleitungen stehen je nach Grösse der Schulquartiere (Anzahl Klassen) folgende zusätzliche pauschalen Entlastungslektionen zu:

Schulhaus	Lektionen zusätzlich
Boppartshof	4
Engelwies	2
Feldi/Schoren	3
Grossacker	4
Halden	3
Hebel/Bach	3
Heimat/Buchwald	3
Hof/Kreuzbühl	4 (2 + 2)
Oberzil/Buchental	5
Riethüsli	2
Rotmonten/Gerhalde	3
Schönenwegen/Lachen	3
Spelterini	3
St. Leonhard	2
Tschudiwies	2
Blumenau	2
Buchental/Krontal	2
Bürgli	2
Engelwies Real	2
Schönau	2
Zil	2
Total	58



Die Entlastungsstunden stehen für:

a) bisher nicht vollumfänglich abgegoltene Leistungen

Die von den Schulleitungen über die Periode November 1999 bis März 2000 erfassten Arbeitsaufwände für ihre bisherigen Aufgaben werden mit der geltenden Entlastungsregelung nicht vollständig abgegolten. Die Differenz ist mit den zusätzlichen Lektionen ausgeglichen.

b) Mitarbeitergespräche

Die Schulleitungen verpflichten sich zu Mitarbeitergesprächen. Dabei geht es in erster Linie um die Überprüfung der Umsetzung von Konsequenzen aus der Systematischen Lohnwirksamen Qualifikation. Je nach Bedarf bedient sich die Schulleitung eines vielfältigen Repertoires an unterschiedlichen Gesprächsformen. Eine bestimmte Anzahl formalisierter Mitarbeitergespräche wird nicht vorgeschrieben.

c) für das Qualitätsmanagement

Bereits bisher haben die Schulleitungen Leistungen zur Qualitätsentwicklung erbracht. Die Einführung des Qualitätsmanagements in den Schulen bringt weitere Belastungen. Vereinbarungsgemäss bestimmen die einzelnen Schulen die Prioritäten im Qualitätsmanagement in Eigenverantwortung und legen sich thematisch für die kommenden Jahre fest. Schulrat und Schulumt werden über die Qualitätsziele informiert. Interne gegenseitige Qualitätsüberprüfungen der Schule (Peer - Reviews) als Teil der Qualitätskontrolle werden im Rahmen der laufenden Ausbildung durchgeführt, sind aber nicht Teil des ordentlichen Auftrages der Schulleitungen. Die Absicht, in allen Schulquartieren in den kommenden Jahren interne gegenseitige Qualitätsüberprüfungen der Schule durchzuführen, wird aufrecht erhalten.

d) Leitung Kindergärten

Die Stellen der Kreisleitungen Kindergärten können seit längerer Zeit nicht mehr besetzt werden. An Stelle der Kreisleitungen traten deshalb Quartiergruppenleitungen mit einem auf die Ebene des Quartiers reduzierten bzw. angepassten Auftrag. Die künftigen Führungsstrukturen sehen neu aber die Einbindung der Kindergärten in die Quartierschulen mit Direktunterstellung unter die Schulleitungen vor. Die Kindergärtnerinnen unterstützen diese Entwicklung einhellig. Die rechtlichen Grundlagen dafür werden mit einem Nachtrag zur Schulordnung geschaffen. Dazu wird dem Grossen Gemeinderat eine separate Vorlage unterbreitet.

Die Leitung der Kindergärten wird künftig den Primarschulquartieren zugeteilt und Führungsmässig den Schulleitungen der Primarschulen unterstellt. Gleichzeitig erfolgt die Auflösung der aktuellen Quartiergruppenleitungen. Mitarbeitergespräche und Qualitätsentwicklung werden für die Kindergärten gleich gehandhabt wie für die Primarschulen. Da mit der Führung der Kindergärten die Schulleitungen der Primarschulen Neuland betreten, werden sie im Hinblick auf die neue Schulbehördenorganisation und die damit verbundene Definition eines Führungspensums den effektiven Führungsaufwand für die Kindergärten erfassen.



3.2.1 Zusammenfassung der pauschalen Entlastungsregelung

Zusammen mit den bisherigen Entlastungsstunden ergeben sich **neu** für die einzelnen Primar- und Oberstufenschulen die nachfolgenden Entlastungslektionen und Funktionsentschädigungen:

	bisher in Lektionen				neu	Total	Funktionsentschädigungen in Fr. (wie bisher)*
	effektiv	mit Funktionsentschädigung abgegolten	mit GEPOS abgegolten	Total in Lektionen	zusätzliche in Lektionen	in Lektionen	
Bopparthshof	11	2.75	1.5	15.25	4	19.3	15'637.--
Engelwies	9	2.25	1.5	12.75	2	14.8	15'637.--
Feldi/Schoren	11	2.75	1.5	15.25	3	18.3	15'637.--
Grossacker	11	2.75	1.5	15.25	4	19.3	15'637.--
Halden	9	2.25	1.5	12.75	3	15.8	15'637.--
Hebel/Bach	10	2.5	1.5	14	3	17	15'637.--
Heimat/Buchwald	11	2.75	1.5	15.25	3	18.3	15'637.--
Hof/Kreuzbühl	11	2.75	1.5	15.25	4	19.3	15'637.--
Oberzil/Buchental	13	3.25	1.5	17.75	5	22.8	15'637.--
Riethüsli	8	2.0	1.5	11.5	2	13.5	15'637.--
Rotmonten/Gerhalde	11	2.75	1.5	15.25	3	18.3	15'637.--
Schönenwegen/Lachen	11	2.75	1.5	15.25	3	18.3	15'637.--
Spelterini	10	2.5	1.5	14	3	17	15'637.--
St. Leonhard	9	2.25	1.5	12.75	2	14.8	15'637.--
Tschudiwies	8	2.0	1.5	11.5	2	13.5	15'637.--
Blumenau	13	3.25	1.5	17.75	2	19.8	18'233.--
Buchental/Krontal	14	3.5	1.5	19	2	21	17'731.--
Bürgli	14	3.5	1.5	19	2	21	17'731.--
Engelwies Real	15	3.75	1.5	20.25	2	22.3	17'731.--
Schönau	14	3.5	1.5	19	2	21	18'233.--
Zil	14	3.5	1.5	19	2	21	18'233.--
Total					58		

* In der Funktionsentschädigung sind die Lektionen gemäss Kolonne 3 abgegolten. Diese Lektionen stehen den Schulleitungen **nicht** in Zeitform zur Verfügung; sondern werden **entschädigt**.

3.3 Individuelle Lösungen

Mit diesen pauschalen Entlastungslektionen nicht abgegolten, in der Vereinbarung mit den Schulleitungen aber erfasst, sind die Projektleitung für Bauprojekte, die Systematische Lohnwirksame Qualifikation der Lehrkräfte sowie Krisensituationen in Schulhäusern:

- Der Arbeitsaufwand für Bauprojekte wird wie bisher von Fall zu Fall geregelt, da der Aufwand nur schwer zu quantifizieren ist. Den Arbeitsaufwand für Bauprojekte erheben die Schulleitungen im Einzelfall mit persönlicher Zeiterfassung. Es werden ihnen dazu individuell auf das jeweilige Bauvorhaben bezogen Entlastung gewährt bzw. der Einsatz von Stellvertretungen zugestanden.
- Für die Systematisch Lohnwirksame Qualifikation (SLQ) einer Lehrkraft wird den Schulleitungen ein Aufwand von sechs Lektionen zur Kompensation angerechnet, d.h. die Schulleitungen können für die entsprechende Anzahl Lektionen eine Stellvertretung einsetzen. Dies führt aus den Erfahrungswerten der letzten zwei Schuljahre zu einem Jahresaufwand von 300 Lektionen (durchschnittlich 50 Qualifikationen pro Jahr).
- Ebenfalls individuell zwischen Schulamt und Schulleitungen geregelt wird eine mögliche



Kompensation des Arbeitsaufwandes für ausserordentliche, schwere Krisenfälle in den Schulhäusern.

Das Resultat für die Übergangslösung ist ein Kompromiss auf der Basis der mit den Schulleitungen vereinbarten Leistungen. Die Anzahl der vereinbarten Entlastungsstunden liegt tiefer als ursprünglich von den Schulleitungen aus ihrem Arbeitsverständnis für die genannten Aufgabenbereiche gewünscht. Dies wird bei der Definition eines Führungspensums im Zusammenhang mit einer neuen Schulbehördenorganisation in eine Gesamtbeurteilung einzubeziehen sein.

4 Vergleich mit Regelungen anderer Schulträger im Kanton und in der Stadt Zürich

Zu den Entlastungen und Funktionsentschädigungen der Schulleitungen fehlen auf kantonaler Ebene (noch) verbindliche Vorgaben. Obwohl die Schulträger zu den kantonalen Führungsmodellen der geleiteten Schule die Festlegung von Mindestwerten zur Abgeltung der Führungsleistung der Schulleitungen forderten, hat der Kanton mit der Wahlfreiheit über das Führungsmodell auch die Festlegung der Entschädigungen den Gemeinden überlassen. Mit Ausnahme von einigen wenigen Gemeinden, wobei St.Gallen von jeher eine Führungsrolle wahrnimmt, verfügen die Schulträger über keine Erfahrungswerte zu den Führungsleistungen der Schulleitungen. Diese mussten deshalb einerseits die Führungsstrukturen in den Schulgemeinden neu aufbauen, andererseits dazu die Entschädigungsregelungen festlegen. Manche dieser Entschädigungsregelungen befinden sich noch in der Pilotphase, für andere zeigt sich nach ersten Auswertungen bereits ein Revisionsbedarf. Neu hat auch das Amt für Volksschule mit Datum vom 21. Mai 2001 erstmals vorläufige Empfehlungen der Kantonalen Kommission für Schulleitung zum "Führungspensum und Entschädigung für Schulleitungspersonen in der Volksschule" im Entwurf vorgelegt. Da sich manche der nachfolgend in den Quervergleich einbezogenen Entschädigungsregelungen einzelner Schulträger noch in der Erprobungsphase befinden bzw. im Falle der Kantonalen Kommission für Schulleitung erst im Entwurf vorliegt, sind diese generell mit einem gewissen Vorbehalt zu beurteilen.

Verglichen werden die Regelungen zur Entlastung der Schulleitungen der Gemeinden Rorschach, Goldach, Wil, Gossau, Rapperswil, Jona und Zürich. Ebenfalls wird der Entwurf zum "Führungspensum und Entschädigung für Schulleitungspersonen in der Volksschule" der Kantonalen Kommission für Schulleitung in den Vergleich miteinbezogen.

4.1 Modelle der Entlastungsregelung und der Funktionsentschädigung

Die den Entlastungsleistungen und Funktionsentschädigungen zu Grund liegenden Modelle sind sehr unterschiedlich, richten sich aber alle auf die Anzahl Klassen aus. Je nach Schulträger werden diese aber anders gewichtet, wobei mehrheitlich die Schulstufe (Kindergarten, Primarschule, Oberstufe) eine Rolle spielt. Einzelne Schulträger bestimmen eine Grundentlastung pro Klasse und gewähren ab einer bestimmten Schulgrösse eine Zusatzentlastung. Auch der kantonale Vorschlag richtet sich bei der Grundentlastung auf die Anzahl Klassen aus, erlaubt aber einen Korrekturfaktor bei besonderen örtlichen Gegebenheiten. Ebenfalls



findet der Organisationsgrad der Verwaltung Berücksichtigung.

Ebenso unterschiedlich ist die Handhabung der Funktionsentschädigungen. Jona und Rapperswil weisen in den einzelnen Schulhäusern die Entlastungsstunden als Globalbudget aus. In den Entlastungsstunden sind damit die Funktionsentschädigungen enthalten. Unabhängig von der Grösse der Schulhäuser bzw. der Anzahl Klassen werden Pauschalen in Zürich und Wil ausgerichtet, während in Goldach und Gossau allen Schulleitungen zu einem Sockelbetrag eine auf die Anzahl Klassen bezogene Funktionsentschädigung ausbezahlt wird. Diese Regelung nimmt auch der kantonale Vorschlag auf, eine für jede Schule individuelle Regelung trifft dagegen Rorschach. Hier wurde die Höhe der Funktionsentschädigung zum Teil aus altrechtlichen Verhältnissen übernommen.

4.2 Vergleichbarkeit der Entlastungsregelungen

Wichtig ist bei der Vielzahl der Modelle die Vergleichbarkeit der Werte. Das Ergebnis zeigt, dass die Schulleitungen der Stadt eine umfassende Führungsaufgabe mit hoher Entscheidungskompetenz und Führungsleistung wahrnehmen, dass aber die einzelnen Entlastungswerte und Funktionsentschädigungen mit gewissen Vorbehalten zu einzelnen Aufgabenbereichen durchaus verglichen werden können. Diese Vorbehalte betreffen je nach Schulträger die Qualitätssicherung bzw. das Qualitätsmanagement, die Schüleradministration, die familienergänzenden Betreuungsangebote, die Personalführung und die Urlaubsregelung.

Die Vergleichswerte sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

	Anzahl Lektionen Entlastung pro Klasse			Funktionsentschädigung
	Kindergarten	Primarschule	Oberstufe	
Rorschach	Ø 0,44	Ø 0,87	Ø 0,87	individuell im Ø 1'230 pro Klasse Ø 620 pro KG
Goldach	--	0,6	0,8	Sockel Fr. 2'600.-- + Lehrerstelle Fr. 100.--
Wil	Ø 0,39	Ø 0,56	Ø 0,56	Fr. 3'000.--
Rapperswil / Jona	0,25 + 1 Lektion pro 5 Klassen	0,5 + 1 Lektion pro 5 Klassen	0,75 + 1 Lektion pro 5 Klassen	mit Globalbudget in den Entlastungslektionen enthalten
Gossau	0,25 + 1 Lektion pro 5 Klassen	0,5 + 1 Lektion pro 5 Klassen	0,75 + 1 Lektion pro 5 Klassen	Sockel Fr. 3'000.-- + Fr. 100.-- pro Entlastungslektion
Zürich	1 + 2 Lekt. bei mehr als 9 Kla.	1 + 2 Lekt. bei mehr als 9 Kla.	--	Fr. 3'000.--
Kant.Arbeitsgruppe "Führungspensum u. Entschädigung"	0,8	0,8	1,1	Sockel Fr. 3'000.-- + Fr. 250.-- bis Fr. 450.-- je Entlastungslektion
Stadt St.Gallen	Ø 0,8 (0,7 - 1,1)	Ø 0,8 (0,7 - 1,1)	Ø 1,6 (1,4 - 1,9)	Fr. 15'637.--* bis 18'237.--* ~ Fr. 7'500.--**
		Ø total 1		

* Mit diesem Betrag werden auch 20% der Entlastungslektionen gemäss bisheriger Regelung entschädigt.

** effektive Funktionsentschädigung um Ø-Entlastungslektionen bereinigt (2.55 Lektionen PS à Fr. 3'210.--; 3 Lektionen OS à Fr. 3'640.--)



4.3 Beurteilung

Die durchschnittlichen städtischen Entlastungswerte mit 0,8 Lektionen pro Kindergarten, 0,8 Lektionen pro Primarschulklasse und 1,6 Lektionen pro Oberstufenklasse liegen im kantonalen Vergleich im oberen Bereich. Dies trifft insbesondere für die Kindergärten und die Oberstufe zu.

Im interkantonalen Vergleich verfehlen die städtischen Entlastungen für die Primarschulleitungen die Zürcherwerte nur knapp, die Entlastungen der Oberstufenschulleitungen übersteigen diese aber deutlich. Auffallend ist die grosse Übereinstimmung mit den von der kantonalen Kommission für Schulleitung vorgeschlagenen Entlastungsfaktoren. Einen klar höheren Faktor erreicht die Stadt zwar für die Oberstufe, die übrigen Werte sind aber deckungsgleich. Die mit der neuen Entlastungsregelung vom Kanton anvisierten Vorgaben für ein Führungspensum erfüllt die Stadt bereits.

Werden die Entlastungswerte der einzelnen Schulen beurteilt, fällt auf, dass grossen Primarschulhäusern im Vergleich zu kleinen weniger Entlastungslektionen zustehen, und dass der Entlastungsfaktor für grosse Primarschulhäuser unter dem städtischen Primarschul - Durchschnitt liegt. Für die Oberstufe auffallend sind unterschiedliche Entlastungsfaktoren bei gleicher Anzahl Klasse und Stufe. Stadtintern ist hier ein gewisses Ungleichgewicht festzustellen. Der Grund dafür liegt in der bisherigen Regelung mit einer relativ hohen Grundentlastung für alle Schulhäuser, unabhängig von ihrer Grösse bzw. von der Anzahl Klassen. Gesamthaft betrachtet kann die städtische Entlastungsregelung im Vergleich zu den übrigen Schulträgern als eher grosszügig, im Vergleich zur vorgeschlagenen kantonalen Lösung mit Ausnahme der Oberstufe als recht ausgewogen bezeichnet werden.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Funktionsentschädigungen. Betrachtet man die effektive städtische Funktionsentschädigung von rund Fr. 7'500.– (die Differenz zu den ausbezahlten Funktionsentschädigungen entspricht der Abgeltung der den Schulen aufgerechneten Entlastungslektionen), liegt St.Gallen mit Ausnahme von Rorschach deutlich über den Leistungen der anderen Schulträger, bewegt sich aber im Rahmen des Vorschlages der kantonalen Kommission für Schulleitung. Die maximalen kantonalen Richtwerte werden bei weitem nicht erreicht. Ebenfalls erreicht die städtische Regelung nicht die Werte von Rorschach. Rorschach bildet aber bezüglich der Funktionsentschädigungen insofern einen Sonderfall, als die individuellen Regelungen zur Funktionsentschädigung vor Einführung der Teilautonomen Schule erfolgten und diese Entschädigungen auch nach Einführung der Teilautonomen Schulen ungekürzt übernommen wurden.

Beim stadtinternen Vergleich der Funktionsentschädigungen gilt dieselbe Feststellung wie bereits bei den Entlastungsstunden. Auch hier besteht ein gewisses Ungleichgewicht zwischen den Schulhäusern. Schulleitungen kleiner Schulhäuser erhalten dieselbe Entschädigung wie diejenigen der mittleren und grossen Schulhäuser. Die Funktionsentschädigungen sind nur teilweise auf die effektive Führungsverantwortung ausgerichtet.



5 **Folgerung**

Mit der vorgeschlagenen Regelung der Entlastungslektionen und Funktionsentschädigungen werden die Führungsleistung und der Führungsaufwand in einem Masse abgegolten, welchem die Schulleitungen zugestimmt haben, auch wenn sie die Lösung als Kompromiss betrachten. Das frühere Entlastungsdefizit wird ausgeglichen, neue Aufgaben werden im Rahmen einer gemeinsam definierten Aufgabenstellung und Zielvorgabe erfasst. Die Anzahl Entlastungslektionen und die Höhe der Funktionsentschädigung liegen kantonal betrachtet auf hohem Niveau und werden mit der Regelung von Zürich vergleichbar. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Schulleitungen mehr Führungsverantwortung übernehmen als die Schulleitungen der Vergleichsgemeinden. Auffallende Angleichung herrscht im Bezug auf das von der kantonalen Kommission für Schulleitung vorgeschlagene Führungspensum und die Entschädigung für Leitungspersonen in der Volksschule.

Die neue Regelung, welche sich als Übergangsregelung bis zur Definition eines Führungspensums in Bezug auf die revidierte Schulbehördenorganisation versteht, ist ausgewogen und tragfähig im laufenden Prozess der Schulentwicklung. Sie soll ohne wesentliche Änderungen der Aufgabenstellung (z.B. durch neue kantonale Weisungen) Gültigkeit haben bis zum Vorliegen der revidierten Schulbehördenorganisation, welche frühestens auf das Jahr 2005 zu erwarten ist.

6 **Kosten**

Die Neuregelung führt insgesamt zu rund 58 zusätzlichen Lektionen. Dies entspricht zwei Stellen mit jährlichen Mehrkosten von ca. Fr. 220'000.–. Von diesen Mehrkosten können Fr. 40'000.– in Abzug gebracht werden: dieser Betrag wurde bisher für die Leitung der Kindergärten aufgewendet. Neu fällt diese Entschädigungen den Schulleitungen der Primarschulen für die Leitung der Kindergärten zu. Die Nettomehrkosten für die Schulleitungsentlastung betragen somit Fr. 180'000.– Dazu kommen Fr. 30'000.– für die Systematische Lohnwirksame Qualifikation, was total Fr. 210'000.– ergibt. Diese Mehrkosten sind künftig ins Budget aufzunehmen. Da die Neuregelung rückwirkend auf Beginn des Schuljahres 2001/2002 angewendet werden soll, ist ein Nachtragskredit von Fr. 87'500.– zu bewilligen.

7 **Stellungnahme des Schulrates**

Der Schulrat hat sich an der Sitzung vom 4. Juli 2001 mit der Neuregelung befasst. Er bedauert, dass „mit dem Kompromissvorschlag die Schulleitungen Aufgaben wie die Durchführung einer bestimmten Anzahl formalisierter Mitarbeitergespräche oder die Festlegung der Prioritäten im Qualitätsmanagementsystem nach Vorgaben nicht vollumfänglich wahrnehmen werden.“

Der Schulrat ist trotzdem bereit, den Kompromissvorschlag zu akzeptieren, und empfiehlt die Vorlage einstimmig zur Annahme.



8 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Übergangsregelung für die Funktionsentschädigungen und Entlastungslektionen der Schulleitungen der städtischen Volksschulen wird zugestimmt.
2. Der Mehraufwand von insgesamt jährlich Fr. 210'000.– wird in die kommenden Budgets eingestellt.
3. Für das laufende Jahr (Monate August bis Dezember) wird ein Nachtragskredit von Fr. 87'500.– bewilligt.
4. Es wird festgestellt, dass Ziffer 2 gemäss Art. 7 Abs. 6 lit. b der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

